

# Wiesbadener Tagblatt.

48. Jahrgang.

Erscheint in zwei Ausgaben. — Bezugs-Preis: durch den Verlag 50 Pfg. monatlich, durch die Post 1 M. 60 Pfg. vierteljährlich für beide Ausgaben zusammen.

Verlag: Langgasse 27.

17,000 Abonnenten.

Anzeigen-Preis:

Die einseitige Zeitspalt für lokale Anzeigen 15 Pfg., für auswärtige Anzeigen 25 Pfg. — Reclamen die Zeitspalt für Wiesbaden 50 Pfg., für Auswärts 75 Pfg.

Anzeigen-Aannahme

für die Abend-Ausgabe bis 11 Uhr Vormittags, für die Morgen-Ausgabe bis 3 Uhr Nachmittags. — Für die Aufnahme später eingereicherter Anzeigen zur nächstfolgenden Ausgabe wird keine Gewähr übernommen, jedoch nach Möglichkeit Sorge getragen.

No. 149.

Fernsprecher No. 52.

Donnerstag, den 29. März.

Fernsprecher No. 52.

1900.

## Abend-Ausgabe.

Für das 2. Quartal 1900

auf das

### „Wiesbadener Tagblatt“

zu abonnieren, findet sich Gelegenheit im Verlag Langgasse 27, bei den Ausgabestellen, den Zweig-Expeditionen in den Nachbarorten und sämtlichen deutschen Reichspostämtern.

### Die bedingte Begnadigung.

Berlin, 28. März.

Die schon früher angekündigte Denkschrift über die Ergebnisse der bedingten Begnadigung in den deutschen Bundesstaaten ist dem Reichstag jetzt zugegangen. Die in der Denkschrift mitgetheilten Ergebnisse bieten jedoch nur einen beschränkten Vergleichswert gegenüber den in anderen Ländern gemachten Erfahrungen, denn einerseits ist die bedingte Begnadigung in den deutschen Bundesstaaten erst seit 1895 bezw. 1896 in Kraft und leidet in Folge dessen noch an mancherlei Kinderkrankheiten und andererseits hat man sich bei uns nur zu einem halben Schritt, zu dem der bedingten Begnadigung, entschlossen, während in den anderen Ländern, wo man sich zu dem Grundsatz des bedingten Straferlasses entschloß, sofort das weitergehende unkonsequenter System der bedingten Verurteilung gewählt wurde.

Ueber die Berechtigung des Prinzip der bedingten Verurteilung besteht heute kaum noch irgend welcher Streit. Dieses Prinzip besteht darin, daß der Strafvollzug für eine bestimmte Zeit ausgesetzt und der Verurtheilte nach Ablauf dieser Zeit endgültig außer Verfolgung gesetzt wird, wenn er sich während dieser Zeit keine weiteren strafbaren Handlungen zu Schulden kommen ließ. Aber während in den anderen Ländern, in denen die bedingte Verurteilung besteht (England, Belgien, Frankreich, Norwegen etc.) diese den Charakter einer rechtlichen Institution trägt, d. h. der Entscheidung des Richters unterliegt, hat man sich bei uns nur zu einer halben Maßregel entschlossen, indem man den Straferlass nicht zu einem Akt des Rechtes, sondern zu einem Akt der Gnade machte und mithin die Entscheidung über den Eintritt der bedingten Begnadigung nicht dem Richter, sondern der Justizverwaltung übertrug. Demgemäß ist auch diese Materie nicht gesetzlich, sondern nur auf dem Verwaltungsweg geregelt, indem die obersten Justizverwaltungsbehörden durch landesherrliche Anordnung ermächtigt sind, einen Aufschub der Strafe zu bewilligen, die bei guter Führung des Verurtheilten endgültig erlassen, im anderen Falle aber nach Ablauf der Bewährungsfrist vollstreckt wird. Auch erstreckt sich die bedingte Begnadigung bei uns im Gegensatz zu der viel weiter gehenden bedingten Verurteilung in den anderen Ländern nur auf Freiheitsstrafen (mit Einschluß der an die Stelle einer nicht einzutretenden Geldstrafe tretenden Freiheitsstrafe). Auch wird die bedingte Begnadigung bei uns zum überwiegend größten Theil nur auf jugendliche Personen angewandt, während Erwachsenen gegenüber nur selten ein Versuch mit dieser Institution gemacht worden ist.

Unter diesen Umständen konnte man dem bei uns gemachten Versuch mit der bedingten Begnadigung, deren strafrechtlicher Werth eben weit hinter dem der bedingten Verurteilung zurücksteht, nicht mit allzu übertriebenen Hoffnungen entgegensehen. Trotzdem ist die Probe auf das Exempel so zufriedenstellend ausgefallen, wie es unter den gegebenen schwierigen Umständen nur möglich war. Im Ganzen ist in den deutschen Bundesstaaten bisher in mehr als 25,000 Fällen von der bedingten Begnadigung Gebrauch gemacht worden und bei 67,1 pCt. dieser Fälle konnte die endgültige Begnadigung in Kraft treten. Das heißt, in mehr als zwei Drittel Fällen hat die bedingte Begnadigung einen vollen Erfolg aufgewiesen, indem die bedingte Begnadigten sich durch ihre Führung während der Bewährungsfrist des Straferlasses würdig machten. Es hat sich also hierbei gezeigt, daß durch die Nichtverhängung der drohenden Strafe ein größerer Erfolg erzielt wird, als wenn der Thäter alsbald in das Gefängnis gewandert wäre, in welches er nach der alten Erfahrung meist nur zu bald wieder den Weg zu finden pflegt, nachdem er einmal mit ihm in Berührung kam.

Wenn die bedingte Begnadigung trotzdem nicht solche Ergebnisse erzielt hat, wie man sie in weiten Kreisen von dieser Reform der Strafvollstreckung erwartet hat, und wenn diese Ergebnisse hinter den in anderen Ländern erzielten zurückbleiben, so liegt dies eben daran, daß man sich bei uns nur zu der halben Maßregel der bedingten Begnadigung entschlossen hat. Bessere Ergebnisse wird man eben nur dann erzielen, wenn derjenige die Entscheidung über die Strafaussetzung zu fällen hat, der das zutreffendste Urtheil darüber hat. Das aber ist nicht die Justizverwaltung, sondern der Richter, welcher die Verhandlung geführt, das Urtheil gefällt und Einblick in die Persönlichkeit und die

Verhältnisse des Inculpaten gewonnen hat. Bei uns aber hat nur in Amts- und Schöffengerichtssachen der Amtsrichter nicht etwa die bedingte Begnadigung zu verfügen, sondern nur der Justizminister über den Fall zu berichten. In allen übrigen Fällen aber berichtet der Staatsanwalt dem Justizminister, der über den Eintritt der bedingten Begnadigung entscheidet. In der Praxis hat sich dies bei uns dahin gestaltet, daß das Eintreten der bedingten Begnadigung in den meisten Fällen tatsächlich von der Auffassung des Staatsanwalts abhängt, während doch der erkennende Richter hier die allein zuständige Instanz wäre.

Der Staatssekretär Dr. Niederding hat am 28. November 1896 ausdrücklich erklärt, daß die Einführung der bedingten Begnadigung nur einen Versuch bedeute, der es uns ermöglichen solle, eigene Erfahrungen zu machen, und er erkannte an, daß eine einheitliche Regelung durchaus erwünscht sei, und daß eine solche nur auf dem Wege der Reichsgesetzgebung herbeizuführen wäre. Wir meinen, daß nunmehr genug Erfahrungen gesammelt sind, und daß diese Erfahrungen dafür sprechen, daß nunmehr nach der Bewährung der bedingten Begnadigung auf reichsgesetzlichem Wege die bedingte Verurteilung einzuführen sei. Es wäre dringend wünschenswert, daß Seitens des Reichstags die Initiative zur Herbeiführung dieses gesetzgeberischen Vorgehens ergriffen würde.

Dr. jur. P.

### Deutsches Reich.

Centrum und Flottenvorlage.

L. Berlin, 28. März.

In der heutigen Fortsetzung der Flottenvorlage in der Budgetkommission des Reichstags gaben die Centrumsmitglieder Erklärungen ab, die trotz aller Zurückhaltung deutlich genug erkennen lassen, daß die Fraktion geneigt ist, auf ein Kompromiß einzugehen, wenn ein solches zu haben wäre. So führte der Abg. Müller-Fulda aus, die Verantwortung seiner Fragen durch den Grafen Bülow wies ihn bei nächster Auffassung darauf hin, daß Deutschland den fremden Flottenrüstungen nicht ruhig zusehen könne. Allerdings sei für ihn nicht erwiesen, daß die verlangten Auslandsflotte notwendig seien; hierin scheine ihm die Vorlage über das Ziel hinauszuschießen. Weiterhin bemerkte der Abg. Gröber, auch auf ihn hätten die Aeußerungen des Grafen Bülow beruhigend gewirkt, aber die Vermehrung der Auslandsflotte steigere die Möglichkeit von Konflikten. Wenn er oder andere Kommissionsmitglieder zu einem zustimmenden Votum gelangen sollten, so seien im Uebrigen die Parteien selbst nicht gebunden, sondern behielten völlig freie Hand. Der dritte Centrumsedner Abg. Noeren wies allerdings die Annahme Bebel's zurück, daß das Centrum für die Schlachtflotte bereits gewonnen sei; er für seine Person habe sich von deren Nothwendigkeit noch keineswegs überzeugt. Dagegen erklärte endlich Prinz Arenberg, der Gegenpart des neuen zum alten Flottengesetz habe keine Bedeutung, man müsse die vorliegenden Verhältnisse und die Gegenwart in Betracht ziehen, womit gelangt sei, daß ein starker Impuls bestehe, für die Vorlage einzutreten. Aus allen diesen Reden geht trotz ihrer Widersprüche doch im Großen und Ganzen hervor, daß das Centrum eine Verständigung sucht. Indessen ist die vorläufige angebotene Grundlage eines Kompromisses derart, daß die Regierung nicht bereit sein dürfte, sich auf Verhandlungen in dieser Richtung einzulassen. Zum Mindesten ist wiederholt mit äußerster Bestimmtheit erklärt worden, daß eine Vermehrung der Auslandsflotte ebenso unvermeidlich sei wie die Verklärung der Schlachtflotte. Allerdings wird es im Weiteren darauf ankommen, ob diese Stellungnahme wirklich so fest gewählt ist, wie sie bis dahin zu sein schien. Andererseits wird es nicht weniger darauf ankommen, ob das Centrum, nachdem es einmal A gesagt hat, den Entschluß, auch B zu sagen, nicht finden kann oder will. Die Fragelust des Centrums in der Kommission ist so groß, daß die Regierung es bei hinreichend geschickter Taktik in der Hand haben dürfte, durch Antworten, von denen das Centrum befriedigt zu sein wünscht, so manche Schwierigkeiten zu beseitigen. Dies gilt vor Allem von der Kostendeckungsfrage und von der Frage der zukünftigen Handelspolitik. Kann das Centrum sich oder vielmehr seinen Wählern sagen, daß die Regierung auch nach diesen beiden Beziehungen die „Beruhigung“ geschaffen habe, die besonders Herr Gröber heute in den Erklärungen des Grafen Bülow gefunden haben wollte, so stünde weiteren Bewilligungen nichts mehr entgegen, immer vorausgesetzt, daß das Centrum eine Lage herbeigeführt sehen will, in der es Ja sagen kann.

Berlin, 29. März. Die Aussichten der Flottenvorlage werden, dem „Lokal-Anzeiger“ zufolge, von unbefangener parlamentarischer Seite als günstig betrachtet. Dieses Urtheil wird auch durch den Verlauf der zweitägigen Verhandlungen in der Budgetkommission bestätigt. In den Regierungskreisen ist man derselben Meinung, zumal an den maßgebenden Stellen nicht die mindeste Befürchtung besteht, daß es wegen der Deckungsfrage zu keiner Verständigung kommen könne. Die Kommission hofft, heute die Generaldebatte zu beenden.

Zur Kanalvorlage. Die „Norddeutsche Allgem. Zeitung“ erklärt in offiziellem Sperrdruck, daß die Regierung nicht daran denke, den Geleitzverkehr über die Regulierung der unteren Oder, der Spree und der Havel getrennt von den übrigen Entwürfen an den Landtag gelangen zu lassen. Sie werde allen Versuchen, die Grundlagen der neuen Kanalvorlage zu verschieben, auf das Bestimmteste entgegentreten. Das Ziel der letzteren sei weder eine Bevorzugung des Ostens noch eine solche des Westens, sondern eine möglichst gleichmäßige Berücksichtigung berechtigter Interessen, mögen sie von Westen oder von Osten, von der Landwirtschaft oder der Industrie geltend gemacht sein.

Herr Staatsanwalt Junghans, dessen Ausführungen zur lex Heine wir vor einigen Tagen wiedergaben, giebt durch eine öffentliche Erklärung jetzt einige Erläuterungen, besonders zu der Stelle über die Beichte. Dazu erklärt der Herr Staatsanwalt jetzt öffentlich: „Ich habe bemerkt (in der Rede), daß die an und für sich doch sehr merkwürdige Zusammenkoppelung der sogenannten Kunstparagrafen mit den Gesetzesbestimmungen gegen das Zuhälterthum von den Freunden der lex Heine damit erklärt werde, daß angebliche Ausbreitungen auf künstlerischem Gebiete Hauptursache der angeblich zunehmenden Unfruchtbarkeit in den Städten seien. Ich habe jedoch diesen Schluss für bedenklich erklärt, für ebenso bedenklich, wie wenn man den hohen Prozentsatz der unehelichen Geburten in spezifisch katholischen Gegenden mit den ungeschickten Fragen in Zusammenhang brachte, die von einzelnen, namentlich jüngeren Geistlichen ab und zu in der Beichte gelehrt würden, und die geeignet seien, die Gedanken von unreifen Personen allzu früh auf das geschlechtliche Gebiet zu lenken. Daß solche ungeschickten — einen anderen Ausdruck habe ich nicht gebraucht — Fragen häufig vorkommen, dürfte den ultramontanen Blättern wohl bekannt sein. Klagen hierüber bekommt man alle Augenblicke von katholischen Familienältestern zu hören. Der Ausdruck „ungeschickt“ schließt die Annahme der Abstrichlichkeit aus.“

Katholizismus und Protestantismus in Deutschland. Ueber den Stand und die Bewegung der evangelischen und der römisch-katholischen Konfession in Deutschland und ihr Verhältnis zu einander giebt ein ausgezeichnetes, kürzlich erschienenes Werk des emeritirten Pfarrers Pieper: „Katholische Statistik Deutschlands“, ausführliche Auskunft. Danach vermehrten sich von 1871 bis 1890 die Evangelischen um 21,29, die Katholischen um 18,88 pCt. Unter 10,000 Bewohnern des Deutschen Reichs waren evangelisch 1871: 6290; 1890: 6277 — katholisch 1871: 3621; 1890: 3516. Das Verhältnis in dem angegebenen Zeitraum war also für die Evangelischen ein steigendes. Ebenso günstig für den Protestantismus liegt die Sache in Bezug auf die Kindererziehung aus Mischehen, worüber allerdings nur für Preußen, Hessen und Baden, also etwa zwei Dritteltheile der Bevölkerung Deutschlands, eine Statistik vorliegt. 1895 gab es in den genannten Ländern ungefähr 340,000 Mischehen, und von denen aus ihnen hervorgegangenen Kindern wurden 81,600 mehr evangelisch als katholisch.

Aus Kamerun. Nach den neuesten Depeschen, die über das Mißgeschick der Straf-Expedition des Hauptmanns Besser aus dem Gouvernement Kamerun an das Kolonialamt in Berlin eingelaufen sind, stellt sich das Gerücht von der Niederlegung der Expedition als unzutreffend heraus. Der Assistenzarzt Dr. Dittmar, der in dem Gesicht mit den Eingeborenen schwer verwundet wurde, ist inzwischen seinen Verletzungen erlegen.

### Deutscher Reichstag.

Berlin, 28. März.

Tagesordnung: Fortsetzung der dritten Lesung des Etats, Special-Etat des Reichsamts des Innern. Die Debatte wird fortgesetzt über die Resolution Rembold (Centrum), betreffend Revision der Schatzmäßregeln gegen die Maul- und Klauenseuche, namentlich zum Zwecke möglicher Einschränkung der inneren Sperrmaßregeln, des Marktverbotes etc. Die Resolution wünscht, daß die Nothwendigkeit dieser Maßregeln nochmals aufs Sorgfältigste geprüft werde. Ein Amendement Bödel (Antisemit) hierzu will hinzufügen: unter Hinzuziehung von Landwirthen. — Abg. Werner (Antis.) beantragt zur Geschäftsordnung, angesichts der Geschäftsfrage diese Resolution nebst Amendement von der Tagesordnung abzulegen, damit der Etat erledigt werden könne. Dieser wichtige Gegenstand solle dann gleich nach Ostern berathen werden. Das Haus beschließt demgemäß. Der Rest des Etats des Reichsamts des Innern wird betheilslos erledigt. — Beim Militär-Etat läßt sich Abg. v. Jazdzewski (Polen) nochmals über die Verluste aus Soldaten über die Sprache, in der sie beichten, zu kontrollieren. — Kriegsminister v. Goltz erwidert, ein Gewissenszwang werde auf die Soldaten nicht ausgeübt. Er habe sich mit dem Feldprobst geeinigt, dem Kaiser einen Erlaß vorzuschlagen, damit solche Mißbräuche nicht mehr vorkämen. — Abg. Bach und e (freis. Ver.) bemerkt, die Erklärung des Ministers bei der zweiten Lesung über Hinausführung des Festungsgürtels bei Metz und anderen Festungen sei allgemein lebhaft bemerkt worden. Dringend geboten sei auch eine Hinausführung der Umwallungen in Spandau. — Minister v. Goltz erwidert, er habe wegen Spandau dem Kaiser bereits Vortrag gehalten und die Ermächtigung erlangt, mit der Stadt in Verbindung zu treten. — Abg. Eitel (Soc.) bringt nochmals die militärische Boykottierung von Wirtschaftsloteren in Halle und die Abgabe solcher Boykottlisten an Soldaten und Reservisten zur Sprache. — Minister v. Goltz erwidert, er halte nach wie vor den Standpunkt der Kommandeure für richtig, die Soldaten dürften nicht in Lokalen verkehren, wo socialdemokratische Versammlungen stattfänden. — Beim Extra-Ordinarium verbreitet sich Abg. Hoffmeister (freis. Ver.) über die Umwallungen. Er bittet den Minister, angemessene Summen in den Etat einzuflechten, damit die Umwallung der Festungsanlagen möglichst schnellstens erfolgen könne. — Minister v. Goltz meint, die Festungstädte hätten doch auch große Vortheile gehabt, und sie hätten auch große Vortheile davon, wenn die Umwallungen jetzt wieder fielen. — Abg. Müller-Sagan (freis. Volksp.) legt Verwahrung dagegen ein, daß der Heeresverwaltung gewissermaßen ein Blanco-Receipt gegeben werde. Die Ausgaben der Festungstädte seien ohnehin in den letzten Jahren gewaltig gewachsen. — Beim Marino-Etat bedauert Abg. Rieder (freis. Ver.), daß die Budgetkommission es sich seit einiger Zeit angewöhnt habe, Beamten-Petitionen wenig eingehend zu behandeln und ebenso würde dann auch im Uebigen verfahren. — Abg. v. Kardorff (Reichsp.) erwidert, die Budget-Kommission sei so überlastet, daß sie beschließen habe, eine Art Pause einzutreten.

zu lassen. — Abg. Singer (Soc.) meint, eine Schwärzung des Vertriebsrechtes der Beamten sei in der Kommission durchaus nicht beabsichtigt worden. Es sei so, wie gefordert, nur aus sachlichen Gründen verfahren worden. — Abg. Dertel-Sachsen (Soc.) erinnert an einen Schriftwechsel zwischen der Schleswig-Holsteinischen Landwirtschaftskammer und dem Reichsmarineamt darüber, daß die beiden Schiffe „Deutschland“ und „Gefion“ mit amerikanischen Konserven ausgeladet worden seien für eine Reise ins Ausland. Ein Anerbieten der Kammer, betreffend Errichtung einer Konserven-Fabrik, sei vom Marineamt kühl und höflich abgewiesen worden. Redner erwähnt dann noch die Qualitätsfrage. Was darüber bekannt geworden sei, müsse doch die Marine-Verwaltung stutzig machen. — Staatssekretär Tirpitz erwidert, im Allgemeinen sei die Marineverwaltung schon jetzt bedrückt, den Bedarf mit frischeren und heimischen Waaren zu decken. In gesundheitlicher Hinsicht seien Klagen noch nicht gehört worden, doch würden fortgesetzt Proben bezüglich der Güte der Waaren statt. Mit dem bestehenden Prinzip zu brechen, liege keine Veranlassung vor. — Abg. Dertel-Sachsen (Soc.) ist von dieser Antwort nicht befriedigt. Wenn erst der Fleischschon-Gewinn Gesetz sei, dann müsse die Marineverwaltung doch auf die Verwendung ausländischer Konserven verzichten. Weshalb also nicht schon jetzt? — Beim Etat des Reichsjustizministeriums erwidert auf eine Anfrage des Abgeordneten Böckel (Natl.) Staatssekretär Niederding, es sei außer Zweifel, daß einmal an eine Revision der Anwaltsgebühren werde herangetreten werden müssen und in Verbindung damit vielleicht auch an eine Revision der Gerichtsgebühren. In Bezug auf den Anwaltszwang etwas zu ändern, hielten die verbündeten Regierungen nicht für geboten. — Beim Etat des Reichsseebauamts plädiert Abg. Graf Arnim (Reichsp.) für die von der Budget-Kommission vorgeschlagene Resolution, betreffend Aufhebung der Kohlen-Exporttarife. — Präsident Schulz erwidert, der preussische Landes-Eisenbahnrat sei zur Begutachtung dieser Frage zum 6. April einberufen. Auch die übrigen Regierungen seien ersucht worden, Ermittlungen anzustellen, und hoffentlich werde es möglich sein, gleich nach Osnabrück eine Konferenz im Reichsseebauamt abzuhalten, um diese Gelegenheit zu erörtern. Was die Eisen-Exporttarife anlangt, so stehe doch fest, daß dieselben sehr viel dazu beitragen, die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Eisen-Industrie auf dem Weltmarkt zu erhöhen. Beim Etat der Postverwaltung empfiehlt Abg. v. Böckmann (Natl.) das Handwerk dem Wohlwollen des Staatssekretärs in Bezug auf Beförderungen. — Staatssekretär Boddewitz entgegnet, die Oberpostdirektionen seien in diesem Punkt selbständig. — Beim Abschnitt Einführung des Postschutzes erklärt Staatssekretär Thielmann, die Beschlüsse der zweiten Lesung mit ihrer Gehörberechtigung würden die durch andere Reformen schon ohnehin finanziell sehr in Anspruch genommene Postverwaltung zu sehr belasten, daß bei Aufrechterhaltung dieser Beschlüsse auch in der dritten Lesung die verbündeten Regierungen sich die volle Freiheit ihrer Entscheidung darüber wahren müßten. (Bewegung). Der Postetat wird genehmigt. Beim Etat der Zölle und Verbrauchssteuern werden die beiden vorliegenden Resolutionen, betreffend Aufhebung der Zollfreiheit für Schiffs-Ausrüstungs-Gegenstände, sowie betreffend Sacharin, von der Tagesordnung abgelehnt. — Abg. Ricker (freis. Ver.) stellt fest, daß die Getreide-Transitlöhne in Wirklichkeit das Doppelte exportierten von demjenigen, was sie importierten. Minister v. Hammerstein und Herr v. Miquel hätten wiederholt die Behauptung aufgestellt, daß die Transitlöhne gerade im Interesse der Landwirtschaft notwendig seien. In derselben Ansicht hätten sich sogar konservative Abgeordnete bekannt. — Abg. Graf Rindowström (Soc.) erwidert hierauf, heute sei kein einziger Abgeordneter mehr dieser Ansicht. Die westpreussische Landwirtschaftskammer hätten sich gegen die Transitlöhne ausgesprochen. — Staatssekretär Thielmann kommt auf eine frühere Rede des Grafen Kanitz zurück, in welcher derselbe erklärt hatte, daß die Aufhebung unserer Transitlöhne der Landwirtschaft mehr schaden als nutzen würde. Heute werde er diese Rede wohl nicht mehr halten. — Abg. Ricker (freis. Ver.) wendet sich gegen den Grafen Rindowström, welcher sich dagegen verwahrt, daß andere Leute die Landwirtschaft bedrängen und bedrohen wollen. Die Debatte wird nach einigen weiteren Bemerkungen geschlossen. Der Rest des Gesamt-Etats wird debattelos genehmigt, ebenso das Gesamtgesetz und der Etat in der Gesamtabstimmung, sowie eine größere Anzahl von Resolutionen. Nächste Sitzung Dienstag, den 24. April, 1 Uhr: Tagesordnung: Gesetz, betreffend Schutz des Urheberrechts an literarischen Erzeugnissen. Schluß: 6¼ Uhr.

**Preussischer Landtag.**  
Abgeordnetenhaus.

Berlin, 28. März.

Das Haus genehmigte nach kurzer Debatte die Gesetzesentwürfe, betreffend die Bereinigung der Doppelbesteuerung und betreffend Befreiung von Zwangsverhandlungen gegen die Vorschriften über die Erhebung von Verkehrsabgaben. Sodann folgt die Beratung über den Bericht der Wahlprüfungs-Kommission. Es war auch eine recht interessante Debatte, die sich an den Bericht der Kommission über die Wahl der Herren Schmieder, Gothein und Wetekamp im Wahlbezirk 4 zu Breslau knüpfte. Die Freiwähler dieses Wahlkreises hatten sich von der sozialdemokratischen Partei die Unterstützung durch eine Baushaltnummer erkaufte, und am Wahltag wurde den einzelnen sozialdemokratischen Wählern, die ihre Stimme für den freiwählenden Kandidaten abgaben, im Wahllokal eine „Geldentschädigung“ von 5 bis 6 Mk. gezahlt. — Herr Barth-Riel hatte die Kühnheit, zu behaupten, daß von einer Wahlbestechung hier nicht die Rede sein könne, wenn auch das „Delorum“ durch Zahlung im Wahllokal nicht gewahrt sei. Diese merkwürdige Auffassung wurde natürlich vom Haus nicht geteilt, und Herr v. Reumann nannte den Breslauer Vorgang rundweg den Akt der Korruption. — Die Herren de Witt, Bortisch, Sattler, Arendt sprachen sich in ähnlichem Sinn aus, während Herr Kopsch seinen Freunden zu Hilfe zu kommen versuchte. Die Wahl wurde natürlich für ungültig erklärt und man wird nun für eine Weile darauf verzichten können, das Organ des Abg. Gothein täglich im Hause hören zu müssen. Sodann wurde debattelos die Wahl des Abg. Weisberg (nat. lib.) beantragt. Die Wahl des Abg. v. Solmar-Weidenburg (Soc.) wurde für gültig erklärt. Es folgt die Beratung des Antrags des Abg. v. Gynatten, betr. die Anlegung konfessioneller Friedhöfe. — Abg. v. Gynatten (Centr.) begründet den Antrag; das

Centrum verlange mit dem Antrag für die Rheinlande das gleiche Recht, wie es sonst in allen Gebieten des Deutschen Reiches maßgebend ist. — Abg. v. Mettenberg (Soc.) stellt dem Antrag sympathisch gegenüber. — Die Abgg. Schaffner (nat. lib.), Jürgensen (nat. lib.) und Vangerhans (freis. Volksp.) erklären sich gegen den Antrag, welcher sodann gegen die Stimmen der Freiwählenden mit der vom Abg. v. Mettenberg beantragten Einschränkung „unter Wahrung der Rechte der jeweiligen konfessionellen Minderheit, sowie der finanziellen Interessen der bürgerlichen Gemeinden“ angenommen wird. Nächste Sitzung morgen 11 Uhr. Tagesordnung: Kleinere Vorlagen. Schluß gegen 3 Uhr.

**Herrenhaus.**

Das Herrenhaus nahm das Gesetz, betreffend die Zwangs-erziehung Minderjähriger, mit der von der Kommission vorgeschlagenen Aenderung an, daß die Zwangsunterbringung in Arbeits- oder Landarmenbüchsen zulässig sein soll nach Vollendung des schulpflichtigen Alters, wenn die völlige Trennung von den übrigen Häftlingen gesichert ist. Das Haus nahm sodann u. A. eine Resolution an, die Regierung zu ersuchen, möglichst in der nächsten Session eine Vorlage einzubringen, welche auf die Dotation der Provinzialerbsünde unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit der Verbände und der ihnen durch die Übergabe der letzten Jahresrechnung auferlegten neuen Lasten Bedacht nimmt.

**Ausland.**

**Russische Pläne.**

Die Sensationsnachrichten über russische Anschläge auf die Pforte haben sich seit einigen Wochen mit solcher Regelmäßigkeit abgelöst, daß man allmählich beginnt, sich an sie zu gewöhnen. Bald soll die russische Politik darauf ausgehen, das deutsche Bagdad-Unternehmen zu hintertreiben und zu diesem Zweck einen empfindlichen Druck auf den Sultan auszuüben; bald wird von der festen Absicht Rußlands gesprochen, sich im Hafen von Burgas einen überaus wertvollen Stützpunkt gleichsam vor den Thoren Konstantinopels zu sichern. Gelegentlich kommen dann auch Meldungen über Rüstungen in Südrussland. Wo Rauch ist, ist auch Feuer, und so scheint man in der That damit rechnen zu müssen, daß sich die russische Politik auf eine größere Aktion vorbereitet. Was an den Meldungen des neuen bulgarischen Blattes „Bolskia“ Wahres ist, läßt sich von hier aus zunächst nicht bestimmen, aber auf einen wichtigen Unterschied zwischen der heutigen Lage und derjenigen zur Zeit der armenischen Gräueltaten und des griechisch-türkischen Krieges muß jedenfalls hingewiesen werden. Damals war England die treibende Kraft. Im Rußland von der Verfolgung seiner ostsibirischen Pläne abzuhalten, zettelte die britische Politik die Verwirrung in Armenien und hinterher den Krieg Griechenlands gegen die Pforte an. Aus beiden Ereignissen hätte ein Weltbrand entstehen können, wenn man in Petersburg die allerdings hinreichend durchsichtige Taktik Englands nicht durchschaut hätte. Weil Rußland sich aus seiner ostsibirischen Aktion nicht herausmandorieren lassen wollte, darum verpuffte Saltsburys pfortenfeindliche Politik verhältnismäßig unschädlich, und nur die Armenier und die Griechen wurden die Leidtragenden. Heute scheint denn also Rußland den Ansturm auf die Pforte unternehmen zu wollen, den England vor einigen Jahren vergebens unternommen hatte. Es könnte sich dabei ereignen, daß man in London durchaus nicht beim Worte genommen zu werden wünscht. Denn ernst gemeint hatte es Lord Saltsbury damals doch wohl nicht.

**England und seine Kolonien.**

Unser Londoner Korrespondent schreibt uns: Die englischen Imperialisten, die in dem südafrikanischen Krieg das Mittel zur Verwirklichung des großen „Britischen Bundes“ sehen, könnten eine arge Enttäuschung erleben, und zwar gerade von der Seite aus, wo sie sie am wenigsten erwarten. Heute scheint es wohl so, als ob die Kolonien dem Mutterland auf das Engste verbunden wären, man vergißt aber dabei, daß sie gerade jetzt England wichtige Dienste leisten, die ihnen ein Recht geben, ihren Lohn dafür zu fordern, der sicher weit davon entfernt sein wird, ihre Abhängigkeit zu stärken, sondern vielmehr eine noch größere Selbständigkeit für sie herbeiführen dürfte, als sie jetzt schon besitzen. Dafür liegen alle Anzeichen vor; denn schon fangen verschiedene Kolonien an, ihre Ansicht über die Neuregelung der Verhältnisse in Südafrika zu erkennen zu geben und damit sich in Dinge zu mischen, die nur Großbritannien selbst angehen. Neu-Seeland eröffnete den Reigen, Victoria folgte, und das wird nun so weiter gehen. Schließlich wäre das noch nicht das Schlimmste, da man denen, die ihr Geld und Blut zur Niederwerfung der Buren hergegeben haben, das Recht der freien Meinungsäußerung nicht gut versagen kann. Aber das ist nur der Anfang. Die eigentlichen Forderungen der Kolonien werden erst kommen, und da diese jetzt an der Reihe sind, dem Mutterlande ihre Bedingungen zu diktiert, so dürften sie ihre Wünsche kaum vergebens aussprechen. Wahrscheinlich wird einer der ersten die Aenderung des Zolltarifes zu ihren Gunsten sein; Freihandel im Innern des Reiches, Schatz nach außen“. Australien hat ein Interesse daran, seine Weine und sein Vieh gegen die auswärtige Konkurrenz zu schützen, Kanada sein Getreide, die amerikanischen Kolonien ihren Zucker u. s. w. Kurzum, es werden Schutzzölle errichtet werden müssen, und dann kann man sagen: Ade, Freihandel! So ungefähr hat man sich die wirtschaftlichen Folgen des großen „Bundes“ zu denken, seine politischen erscheinen in nicht minder bedenklichem Licht. Die Expansionsgelüste des Mutterlandes werden sich nämlich mit der Zeit auch bei den einzelnen Kolonien geltend machen, und dann giebt es für England kein Zurück, denn entweder muß es den Wünschen seiner „Kinder“ willfahren, oder diese lassen es einfach im Stich. Das erste auf den ersten Blick vielleicht übertrieben; man denke aber z. B. an Ouekenland, das vor 17 Jahren aus eigener Machtsbegierde Neu-Guinea annektierte. Damals errichtete zwar England zur Paraphierung dieser Maßnahmen seine Schutzherrschaft auf einem Teile Neu-Guineas zum größten Mißvergnügen Ouekenlands, wenn sich heute jedoch dasselbe wiederholte und eine australische Kolonie irgend eine der Südpazifik-Inseln occupierte, so würde sich die britische Regierung wahrscheinlich zweimal bestimmen, ehe sie mit derselben Energie vorgeinge, wie damals Lord Derby, und Australien wäre wohl weniger nachgiebig als im Jahre 1884. Kurz, der Krieg könnte wirt-

schafliche und politische Aenderungen in den Beziehungen Englands zu den anderen Ländern herbeiführen, von denen sich heute nur die Wenigsten etwas träumen lassen.

\* **Frankreich.** Graf Vincent Benedetti, der ehemalige französische Gesandte in Berlin, ist nach kurzen Leiden gestern Morgen 10 Uhr gestorben. Er wurde geboren am 29. April 1817 zu Vastia. 1864 kam er als französischer Gesandter nach Berlin. Nach Ausbruch des Krieges zwischen Preußen und Oesterreich in Nikoloburg wollte er bei den Friedensverhandlungen für Frankreich allerlei politische Vorteile herausklopfen. Er forderte nicht weniger als Rheinhessen, Rheinbessen und Mainz, dann die Grenzen von 1814 und die Annexion von Luxemburg und Belgien. Wegen der letzteren Staaten trat Benedetti nochmals 1867 mit Bismarck in Verhandlungen, jedoch ohne Erfolg. Als später die spanische Thronfrage aufkam, spielte der verstorbene Diplomat die aller Welt bekannte Rolle in Berlin und Genua, wo er im Juli 1870 die folgenschwerste Unterredung mit Kaiser Wilhelm I. hatte. Am 14. Juli begab sich Benedetti nach Paris und zwischen Frankreich und Deutschland folgte dann der Krieg. Als das Kaiserreich Napoleons III. gestürzt war, zog sich Benedetti nach Italien ins Privatleben zurück. Ueber die Ereignisse von 1870/71 veröffentlichte er 1895 „Souvenirs diplomatiques“, in denen er von seinem Standpunkt die Vorgänge jener Zeit behandelte. Früher (1871) suchte er sich auch dagegen zu vertheidigen, daß Fürst Bismarck am 21. Juli 1870 dem damaligen englischen Gesandten in Berlin Beweise vorlegte, die darthun, daß Napoleon III. schon seit Jahren die Annexion von Belgien und Luxemburg angestrebt hatte. Benedetti war schon seit Langem ein vergessener Mann.

**Der Krieg in Südafrika.**

**General Joubert †.**

**Lourenco Marques, 28. März.** General Joubert ist in der Nacht zum Mittwoch infolge eines Magenleidens gestorben. (Der Oberstkommandirende der Transvaal-Buren war schon während der Belagerung von Ladysmith erkrankt und aus diesem Grunde auch einige Zeit nach Pretoria gegangen. Dann nahm er wieder an den Operationen Theil, jedoch nicht mehr in entscheidender Weise, wie sich aus der Erneuerung Bothas zum Kommandirenden des Burenheeres in Transvaal ergibt. Diese Erneuerung wurde schon so gedeutet, als habe man Joubert abgesetzt. Dennoch wurde in den letzten Tagen wieder gemeldet, daß Joubert die Vertheidigung des Transvaal organisire. Vollständiger Gesundheitszustand wird er sich nicht mehr erheut haben, und so dürfte sein Tod einem längeren Leben das Ziel gesetzt haben. Neben dem Präsidenten Paul Krüger ist General Joubert wohl die bekannteste Persönlichkeit unter den hervorragenden Männern von Transvaal gewesen, denn auch sein Leben ist, wie dasjenige Krügers, mit der Geschichte der Südafrikanischen Republik eng verbunden. Die Familie Joubert ist französischer Ursprungs und seine Vorfahren dürften sich unter den französischen Kolonisten befunden haben, die nach dem Sturz von Nantes aus Holland um das Jahr 1688 auswanderten. Petrus oder, wie er früher bezeichnet wird, Piet Joubert war am 20. Januar 1831 in Gange in der Kapkolonie geboren. Seine Mutter war eine geborene Gans. Sein Vater Jolua Francois nahm an dem großen Treib des Jahres 1835 Theil, doch blieb die Familie bis 1847 in Natal. Dann zog sie weiter nordwärts und ließ sich in Oudstrand im Süden von Transvaal nieder. Die Erziehung Piets war durchaus nicht eine sorgfältige, aber er gehörte zu einem Geschlecht, das geistig entwickelter war, als die Familien der übrigen „voortrekkers“. Piet nahm am 30. August 1852 zum ersten Mal an einem Kampf Theil. Mit einem Kommando von 300 Buren, darunter der 27-jährige Feldhorne Paul Krüger, zog er gegen den Stahnenhäuptling Setjili, den Günstling Dinghones. Im April 1859 verheiratete er sich mit Hendrika Susanna Johanna Botha, der jetzt so bekannte „Lante Piet“, die den General stets auf seinen Kriegszügen begleitete. Ein fester Wille zeichnete Joubert stets aus. Im Volk hatte er den Beinamen „Slim Piet“, durch den er sich sehr geschmeichelt fühlte. Slim bedeutet im Holländischen ein Mittelglied zwischen Schlauchheit und Verschmittheit. Man kann Joubert nichts nachsagen. Eine von seinen Schwächen war seine Aetzung zum Photographieren. Infolge dieser unschuldigen Schwäche sind seine Rüge überall wohlbekannt. Es sind die typischen Züge des hochintelligenten Buren. Eine hohe, gestrichelte Stirn, von der das bereits weiß werdende Haar sorgfältig zurückgestrichen ist; ein paar treubergige graue Augen, die auch dem Fremden klar ins Gesicht sehen können und nichts von jenem verhöhlerten Blick haben, den man beim Durchschnittsburen so oft findet. Zwei Monate vor dem Ausbruch des jetzigen Krieges richtete er an die Königin Victoria ein Schreiben, in dem er in bewegten Worten die Lebensgeschichte der niederdeutschen Kap-Ausiedler unter englischer Herrschaft schilderte. Joubert war nicht für den Krieg und er soll von Anfang davon überzeugt gewesen sein, daß die Buren am Ende nicht siegen könnten. Joubert hat auch zweimal den Versuch gemacht, Krüger die Präbidentenschaft zu entreißen, aber beide Versuche schlugen fehl. Er ist drei- oder viermal in England gewesen und war wohl mit den englischen Verhältnissen besser vertraut als Krüger. Seine religiösen Grundzüge ließen ihn bis zu einem gewissen Grad als Freigeist erscheinen. Daß er sehr tapfer war, hat Joubert mehr als einmal bewiesen. Als Feldherr zeigte er fähige Ueberlegung und eine genaue Kenntniß der bei den Buren beliebten Kriegstaktik. Er überreichte nichts und alle seine Pläne richteten sich nur auf das eine Ziel: dem Feind soviel wie möglich Abbruch zu thun und selbst so wenig wie möglich Leute zu verlieren. „Blut ist so kostbar“, sagte er einmal einem Freunde, „ich bin Sparjam mit dem meiner Leute“. Deshalb blieben freilich auch meist die Erfolge aus, welche nur durch eine kühne Offensive zu erringen sind. (Frankf. Ztg.)

hd. **London, 29. März.** Kap-Rat der Meldungen beschäftigt den Tod Jouberts. General White hielt demselben eine Gedenkrede, in welcher er sagte, Joubert war ein Soldat, ein Gentleman und ein tapferer ehrenwerther Begleiter gewesen.

hd. **Berlin, 29. März.** Der „Vossischen Zeitung“ wird aus London gemeldet: Reuters Berichterstatter drachtet aus Maseru am 27. März: Die Nachricht, daß Ladysbrand gestern von der britischen Streitmacht besetzt worden sei, rief die größte Aufregung und Freude im Basuto-Lande hervor. Man hielt das Ende unserer langen Verleumdung endlich für gekommen. Unsere Ueberzeugung und unser Entsetzen war daher groß, als Berichte gegen Sonnens-Untergang einliefen, daß eine große Burenstreitmacht Ladysbrand wieder besetzt und die früher behaupteten Stellungen in Mlotberg und Modderpoort wieder in Besitz genommen hätte. Einzelheiten sind noch nicht eingetroffen, da der daselbst liegende Landstrich wieder in Feindeshand sich befindet.

hd. **London, 29. März.** Aus Faure's in ich wird gemeldet: Infolge desigen Regens konnte die Kolonne des Generals Clements Hillsbopstown erst am Sonntag verlassen. Unsere Soldaten haben schlechte Schlafstellen, weil es an Jellen fehlt. Am Sonntag legten wir 13 Meilen, am Montag 12 Meilen zurück. Dienstag trafen wir in Jagersfontein ein.

hd. **London, 29. März.** Nach einer Meldung aus Kimberley drücken die daselbst ansässigen Engländer ihre Mißbilligung darüber aus, daß die englische Regierung die südafrikanischen Buren mit zu großer Milde behandelt. — Wie aus De. War gemeldet wird, ist Lord Kitchener mit seinen Truppen aus Pretoria zurückgekehrt, nachdem er die Unterwerfung von 200 Buren vollzogen hatte. Alle Rebellen, welche sich nicht ergeben wollten, zogen sich über den Dransfsch zurück. — Aus Pretoria wird vom 27. März gemeldet: Ein amtliches Telegramm bestätigt, daß bei Maseling heute Morgen eine schwere Beschädigung stattfand. Die Burengeschütze schauten Schrapnell in die Stadt, welche von allen Seiten beschossen wurde. Die englischen Geschütze erwiderten das Feuer lebhaft.

hd. **Kapstadt, 29. März.** General White ist nach England abgereist.



# Das Cigarren- und Loose-Geschäft von **Carl Cassel** befindet sich, wie seit Jahren, nur Kirchgasse 40, gegenüber der Schulgasse.

Bitte genau auf meine Firma zu achten!

4361

## Kneipp-Versammlung

Donnerstag, den 29. März, Abends 8 1/2 Uhr, im unteren Saale des Gesellenhauses, Dotzheimerstr. 24.

Vortrag des Herrn A. Kunz:

„Wie betreibe ich eine vernünftige Blutreinigungskur im Frühling?“

Um zahlreiches Erscheinen bittet

Der Vorstand.

Eintritt frei! Gäste willkommen!

4451

## Anschlagsäule in der Trinkhalle des Kochbrunnens.

Aufträge für „Saison-Anzeigen“ und „Geschäftsempfehlungen“ werden noch entgegengenommen bei:

**Haasenstein & Vogler A.-G.,**  
Wiesbaden, Adolphsallee 7.

Annoucen-Aannahme für alle Zeitungen, Zeitschriften etc. des In- und Auslandes zu Originalpreisen.

4133

## Gelegenheitskäufe

von

### Herrschafts-Möbeln.

Billiger wie auf jeder Versteigerung.

Mehrere Garnituren mit je 2 u. 4 Sesseln, einzelne Sessel, polierte und lackirte Kleiderschränke, Tische, einz. Sophas, Verticows, Büffels, 1 großer antiker Schrank, dito Kommoden, 1 großer Linoleum-Teppich, 1 Herd, mehrere Eischränke, 1 eiserner Weinschrank, 1 Kinder-Plegewagen, dito Stühchen, 4 Secretäre, einfacher Ladenschrank, Mahagoni-Blumentisch, Papageientisch, 1 2-sig. Clavierstuhl, mehrere Schreibtische, einfache Küstres, mehrere Hängelampen, 1 Schürerputz zum Verstellen, großer Küchenschrank und Anderes mehr werden wegen überfülltem Lager billig verkauft.

Großes Lager in allen neuen Möbeln, ganzen Ausstattungen zu den billigsten Preisen bei reeller Bedienung.

Lieferung frei ins Haus.

Anfertigung aller Polster- und Schreinerarbeiten, auch werden Möbel in Tausch genommen.

**Jacob Fuhr,**

12. Goldgasse 12.

## G. Gottwald,

Baubrunnenstraße 7, nahe der Schwalbacherstraße, empfiehlt zu allerbilligsten Preisen

**Gold- und Silberwaaren**  
für Confirmations-Geschenke.

Gestemp. gold. Trauringe in jedem gewünschten Preise.



## Sicherheits-Leiter,

beste aller Leitern,

weil unbedingt sicher, sehr leicht und bequem, empfiehlt billigst

3672

**Franz Flössner,**

Wellritzstrasse 6.

## Sehet Alle!

Herren-Anzüge werden unter Garantie nach Maß angefertigt. Hosen 3.50 Mk., Ueberzieher 9 Mk., Röcke gewendet 6 Mk., sowie getr. Kleider ger. u. reparirt bei H. Kleber, Herren-Schneider, Kistenstr. 6, Stb., nahe Wilhelmstr. Reich. Muster-Collect. 3175

Meine jeden Tag frisch selbstgemachte **ächte**

**Hausmacher Eier-Nudeln**

Man probire u. urtheile.

Nur allein zu haben in meinem Geschäft.

**C. Weiner,**

Mauergasse 17.

2600

## Modenwelt, Bazar, Frauenzeitung, Die Woche,

sowie alle sonstigen Zeitschriften abonniere man bei

**Heinrich Kraft, Franz Bossong Nachf.,**

Buchhandlung und Antiquariat,

Wiesbaden, 45. Kirchgasse 45.

Zusicherung promptester Bedienung.

**Golscapes,**

**Staubmäntel,**

garantirt wasserdichte

Reisemäntel u. Pelerinen!

**Meyer-Schirg,**

Kranzplatz.

4164



**Glas! Porzellan!**

Ausstattungsgeschäft.

**Billigste Einkaufsquelle.**

Grossartige Auswahl.

**M. Stillger**

gegr. 1858, 3494

16. Hüfnergasse 16.

## Für Studenten!

Empfehle meine guten Herren-Hoffer, ebenso tolle Handhoffer à 15.-, 17.-, 19.-, 22.- Pf.

**Franz Alf,**

Wilhelmstraße. 4080

## Zurückgesetzte Gardinen!

**Gustav Schupp Nachf.**

(Hugo Menke),

Wiesbaden, Taunusstr. 39.

Alleinverkauf des Gardinen-Engros-Geschäfts David Bonn.

3178

Unübertroffen an Qualität sind meine 1119 p. Pfd. **Hausmacher Eiernudeln** 45 Pf. **P. Enders,** Michelsberg 32.

## Kochherde

empfehle in grosser Auswahl 4884

**Wilh. Unverzagt,**

Eisenwaarenhandlung,

Telephon 821. Langgasse 28/30.

## Feinstes Rauchfleisch,

ächte trockene Winterwaare,

ganz nach I. Hausmacher Art, empfiehlt Metzger Stein, Drausenstraße 4.

## Sämmtliche Neuheiten

der

## Frühjahr- u. Sommer-Saison

in geschmackvoller Auswahl und erprobten Qualitäten deutscher, englischer und französischer Fabrikate sind bei mir eingetroffen und halte mich zur Anfertigung in modernster Ausführung bestens empfohlen. 4057

**Kirchgasse 37,**  
neben dem Nonnenhof.

**J. Bischoff,**  
Schneidermeister für Civil und Militär.

**Kirchgasse 37,**  
neben dem Nonnenhof.

## Obermoseler Tischwein, gar. rein, Fl. 48 Pf. ohne Gl.,

bei mehr wie 12 Flaschen, auch wenn aus verschiedenen Weinsorten bestehend, incl. Privatcasse frei Haus Wiesbaden.

In Fassbezug v. 50 Ptr. u. mehr Ptr. 48 Pf. frei Bahn Wiesbaden.

Nur vermittelt größerer günstiger Einkäufe bei Producenten ohne jeglichen vertheuernden Zwischenhandel ist es möglich, einen reellen Moselwein zu diesem billigen Preise den Consumenten zu bieten, was jeder unparteiische Fachmann nach Prüfung bestätigen wird.

C. F. W. Schwanke, Wein-Einfuhr u. Verkaufshaus (direkter Verkehr mit Consumenten).

Verkaufsstelle Wiesbaden, Schwalbacherstr. 49, Nähe Michelsberg. Telefon 414.

Nach dem nunmehrigen Eintreffen der erwarteten

## Grossen Orient-Teppichsendungen

ist mein Lager wieder auf das Reichhaltigste — in allen Grössen und Arten — assortirt. Zur Besichtigung meiner Collection, unter der sich auch diesmal wieder hervorragend schöne Exoten befinden, lade ich ergebenst ein. 4302

Bedeutende Auswahl in

Salon-Teppichen, Speisezimmer-Teppichen, Läufer-Teppichen, Gebet-Teppichen, Vorlagen, Divandecken, Kasacks, Kelims

u. s. w. u. s. w.

Streng reelle, billige Preise. — Auswahlendungen bereitwilligst.

Wilhelmstrasse 12. **Nathan Hess,** Wilhelmstrasse 12.  
Königlicher Hoflieferant.